

Protokoll Nr. 6 (2015-2019)

der Sitzung des Beirates Vahr am 15.12.2015 im Bürgerzentrum Neue Vahr

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:25 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|---|
| a) vom Beirat | Herr Andreßen
Herr Dicke
Frau Früh
Herr Haga
Herr Mettert-Kruse
Herr Resch
Frau Szkoda | Herr Burichter
Herr Emigholz
Herr Gerkmann
Herr Maas
Herr Michalik
Herr Siegel |
| b) vom Ortsamt | Frau Dr. Mathes
Herr Berger | |
| c) als Gäste | Frau Kreuzer (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)
Frau Kurzhöfer, Frau Heitmann (Gewoba AG)
Frau Klomann (Innotec Abfallmanagement GmbH) | |

Die schriftlich vorliegende Tagesordnung wird genehmigt.

Das Protokoll Nr. 5 der Beiratssitzung am 17.11.2015 wird auf Wunsch von Herrn Emigholz geändert: Auf Seite 7 unter TOP 3 wird der Satz „Daraus erwachse aber keine bindende Verpflichtung der Mittel-Freigabe“ eingefügt. Mit dieser Änderung wird das Protokoll genehmigt.¹

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Frau Kauertz reicht einen Bürgerantrag zur beabsichtigten Bebauung der Galopprennbahn ein.² Sie bittet den Beirat, sich mit der Thematik zu befassen und eine negative Veränderung des Wohnumfeldes – v.a. in der Neuen Vahr Süd – möglichst zu verhindern.

Herr Siegel stellt zunächst fest, dass der Beirat Vahr formell nicht zuständig sei, da die Galopprennbahn im Stadtteil Hemelingen liege. Trotzdem sehe auch er eine besondere Betroffenheit der Neuen Vahr Süd. Sollte sich das Vorhaben konkretisieren, werde der Beirat versuchen, auf die Art der Bebauung Einfluss zu nehmen. Wichtig sei in diesem Fall eine gute Verständigung zwischen den Stadtteilen Hemelingen und Vahr. Alle Fraktionen des Beirates hätten im ersten Schritt die Möglichkeit, sich mit ihren Parteikolleg/innen in Hemelingen auszutauschen. Zunächst müssten aber konkrete Planungen abgewartet werden. In diesem Sinne bitte er darum, dass der Beirat bis zu deren Vorlage Zeit erhalte.

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass der Beirat den Bürgerantrag befassen müsse. Dies könne im Beirat oder im Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ erfolgen. Aber auch sie sehe die Notwendigkeit, konkrete Planungen abzuwarten.

Frau Kurzhöfer informiert, dass die Gewoba AG in Zusammenarbeit mit der Klimaschutzagentur energiekonsens über EnergieSparChecks eine kostenfreie Energiesparberatung für ihre Mieter/innen anbiete.³

¹ Im Protokoll der Beiratssitzung am 17.11.2015 lautet der betreffende Absatz neu wie folgt: „Herr Siegel schlägt vor, dass dem Antrag der Kita stattgegeben und dafür die Summe der Ev. Epiphanius-Gemeinde entsprechend verringert werde. Mit der Ev. Epiphanius-Gemeinde habe er dies besprochen und in Aussicht gestellt, dass der Beirat einen weiteren Antrag in 2016 wohlwollend prüfen werde. Daraus erwachse aber keine bindende Verpflichtung der Mittel-Freigabe.“

² Der Bürgerantrag ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

³ Weitergehende Informationen finden sich unter <http://www.gewoba.de/service/energiespartipps/>.

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Maas weist erneut auf die Problematik hin, dass an der sog. 4. Ampel über die Richard-Boljahn-Allee Autofahrer/innen das Rotlicht missachteten.

Frau Dr. Mathes stellt hierzu fest, dass die Polizei die Installation einer ortsfesten Radarfalle prüfe.

Herr Emigholz sieht die Notwendigkeit, solche Geräte an allen Ampeln entlang der Kurfürstenallee/ Richard-Boljahn-Allee anzubringen.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen umfassend zu den Beiratsbeschlüssen vom 13.10.2015 Stellung genommen habe. Seine Antwort liege den Beiratsmitgliedern als Tischvorlage vor.⁴ Eine Antwort der Senatorin für Kinder und Bildung stehe hingegen noch aus.

Da der Beirat über die beabsichtigte Änderung der Schuleinzugsgrenzen der Grundschulen In der Vahr und Paul-Singer-Straße entscheiden müsse, es aber im Quartier Barbarossastraße hierzu erheblichen Informations- und Diskussionsbedarf gebe, werde das Ortsamt am 04.02.2016, um 19 Uhr, im Saal der Ev. Jona-Gemeinde eine öffentliche Informationsveranstaltung durchführen.⁵ Eine Entscheidung des Beirats sei für die Sitzung am 16.02.2016 vorgesehen.

Die Turnhalle der Oberschule Julius-Brecht-Allee sei inzwischen nicht mehr von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen belegt und werde damit absehbar wieder für den Schulsport zur Verfügung stehen.

Herr Borges (Schulleiter der Oberschule Julius-Brecht-Allee) ergänzt, dass die Turnhalle zeitweise noch als Notunterkunft für die Erstaufnahmeeinrichtung in der Steinsetzer Straße vorgehalten werde. Deshalb blieben die Einbauten im Augenblick auch noch bestehen. Wenn die Turnhalle in Gänze geräumt sei, werde eine Schadensaufnahme vorgenommen. Er sei optimistisch, dass die Turnhalle im Januar oder Februar 2016 wieder für den Schulsport zur Verfügung stehe.

TOP 2: Übergangseinrichtung für Flüchtlinge in der Sonneberger Straße 20?

Frau Dr. Mathes weist eingangs darauf hin, dass zu der geplanten Übergangseinrichtung in der Sonneberger Straße ein fraktionsübergreifender Antrag vorliege.⁶

Frau Kreuzer erläutert an Hand einer Präsentation zunächst die allgemeine Situation zum Zuzug von Flüchtlingen, bevor sie auf den ins Auge gefassten Standort für ein Übergangswohnheim in der Sonneberger Straße 20 eingeht:⁷

- Der Zugang von Flüchtlingen sei bislang im November 2015 am stärksten gewesen, augenblicklich gingen die Zugangszahlen wieder langsam zurück;
- angesichts der hohen Zugangszahlen bemühe sich die Stadtgemeinde vorrangig um Immobilien, die einer größeren Anzahl von Flüchtlingen Platz böten. Dabei läge die Größe der Einheiten noch unter denen anderer vergleichbarer Großstädte;
- für die Immobilie in der Sonneberger Straße 20 bestehe noch kein Mietvertrag, die Verhandlungen hierzu liefen noch. Sollte es zu einem Vertragsschluss kommen, strebe die Stadt eine Anmietung für zehn Jahre an;
- trotzdem solle der Beirat bereits frühzeitig über das geplante Vorhaben informiert

⁴ Die Beschlüsse des Beirats vom 13.10.2015 finden sich als Anlage 3 und 4 zum Beiratsprotokoll vom 13.10.2015 unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/151013_Protokoll_III%20SPD-Antrag%20zur%20Armutspr%E4vention.pdf und

http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/151013_Protokoll_IV%20CDU-Antrag%20CDU%20zur%20Armutspr%E4vention.pdf.

Die Antwort des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

⁵ Der Fachausschuss „Bildung und Kultur“ hat den Sachverhalt bereits am 01.10.2015 diskutiert. Siehe hierzu das Sitzungsprotokoll unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/B%20K%2001.pdf>.

⁶ Der Antrag ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

⁷ Die Präsentation ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

werden. Eine formelle Beteiligung des Beirats würde dann nach Vertragsschluss über einen Bauantrag zur Nutzungsänderung der Immobilie erfolgen;

- der Träger der Einrichtung sei gegenwärtig noch offen. Dies kläre sich erst, wenn die Nutzung absehbar sei;
- für das Übergangwohnheim sei ein hoher Standard mit eigenen Appartements – für vier Personen (Familien), für sechs (größere Familien) und zwei (Alleinreisende) – sowie eigenen Küchen und Gemeinschaftsräumen vorgesehen.

Herr Resch betont, dass die Vahr die Flüchtlinge auf jeden Fall willkommen heiße. Er sehe in dem geplanten Übergangwohnheim eine gute Nutzung dieser Immobilie.

Auch Herr Siegel sagt die Unterstützung des Beirats für das geplante Übergangwohnheim zu.

Eine Vertreterin einer in diesem Gebäude ansässigen Firma problematisiert, dass das Gebäude gegenwärtig – abgesehen vom nicht vermietbaren Staffelgeschoss – vollständig vermietet sei. Die Mieter/innen seien bislang nicht von dem Vorhaben des Vermieters informiert worden, sondern hätten dies aus der Zeitung erfahren. Sie selbst gehöre zu einer Ergotherapie-Praxis, die viele Vahrer Kinder behandle, so dass es wichtig sei, dass diese Praxis auch in der Vahr verbleibe.

Frau Kreuzer erwidert, dass der Vermieter dieser Immobilie mit seinem Angebot auf das Ressort zugekommen sei. Das Ressort habe bereits andere Gebäude dieses Vermieters angemietet und bislang gute Erfahrung gemacht. Da die Verhandlungen zu einem Mietvertrag noch liefen, könne der Vermieter gegenüber seinen bisherigen Mietparteien noch keine Auskunft geben. Jedoch habe der Vermieter mitgeteilt, dass er alle dort angesiedelten Mieter/innen anderweitig in seinem Immobilien-Bestand unterbringen könne.

Herr Michalik begrüßt grundsätzlich die Ansiedlung eines Übergangwohnheims in der Sonneberger Straße. Das Vorhaben sei „gut und nachhaltig“, denn ein Vertragsabschluss auf zehn Jahre sei auf jeden Fall besser als das Vorgehen im Falle der Übergangseinrichtung in der Bardowickstraße, über die der Beirat alle zwei Jahre entscheiden müsse. Allerdings sehe er die Notwendigkeit, dass für die bisherigen Mieter/innen eine akzeptable Lösung gefunden werde.

Auch Herr Maas sieht die Notwendigkeit, zu einer für alle annehmbaren Lösung zu kommen. Allerdings sei es offensichtlich, dass weitere Unterkünfte gebraucht würden. Der Abschluss eines Vertrages mit einem neuen Mieter und die Kündigung bisheriger Mieter/innen falle unter die Vertragsfreiheit des Vermieters.

Herr Mettert-Kruse sei „absolut für“ weitere Unterkünfte, halte das Vorgehen des Sozialressorts im vorliegenden Fall aber für nicht optimal. Zunächst sollte mit allen Betroffenen gesprochen werden, bevor der Beirat befasst werde.

Herr Siegel zeigt sich überrascht über die gegenwärtige Nutzung des Gebäudes. Dass es bei den bisherigen Mieter/innen Unbehagen gebe, könne er gut verstehen. Deshalb sei es wichtig, für diese sinnvolle Alternativen zu finden. Eine ergotherapeutische Praxis, die viele Kinder aus der Vahr behandle, müsse auch zukünftig problemlos für diese Kinder erreichbar sein. Insgesamt müssten auch Arbeitsplätze in der Vahr für die Vahr erhalten bleiben.

Der Beirat müsse hier eine verantwortungsvolle Güterabwägung zwischen der Notwendigkeit, eine weitere Übergangseinrichtung einzurichten, und den Interessen der bisherigen Mieter/innen vornehmen, so Herr Emigholz.

Frau Dr. Mathes stellt fest, dass alle Beiräte Wert darauf legten, frühzeitig über geplante Übergangwohnheime informiert zu werden. Frühzeitig meine vor einem Vertragsschluss. Ein formeller Beiratsbeschluss sei erst mit dem Bauantrag für eine Nutzungsänderung nötig. Der vorliegende fraktionsübergreifende Antrag müsse heute nicht behandelt werden, könne aber als Verständigung der Fraktionen im Vorfeld und als gemeinsames Signal, dass der Beirat eine Übergangseinrichtung in der Sonneberger Straße 20 grundsätzlich begrüße, verstanden werden. Sie bitte, den von den Beiratsmitgliedern geäußerten Wunsch, zu einer für alle Beteiligten annehmbaren Lösung zu kommen, zu berücksichtigen.

Auch Herr Siegel sieht nicht die Notwendigkeit, den vorliegenden Antrag heute zu befassen. Ihm sei es aber wichtig, auf eine zentrale Forderung dieses Antrags hinzuweisen. Da in der Vahr bereits ein Übergangwohnheim und eine Notunterkunft beständen und über die Gewoba

AG bis jetzt etwa 180 Wohnungen mit Flüchtlingen belegt seien und kontinuierlich weitere folgten, gebe es viele Kinder und Jugendliche, die eine Kita oder eine Schule besuchen müssten. Für eine weitere Übergangseinrichtung in der Sonneberger Straße – und damit in unmittelbarer Nachbarschaft zum Stadtteil Schwachhausen – fordere der Beirat die Beschulung der dort wohnenden Kinder in Schwachhauser Schulen.

Der Beirat ist damit einverstanden, den vorliegenden Antrag gegenwärtig nicht zu befassen.

TOP 3: Erfahrungen mit dem Müllsystem der Gewoba/ Innotec in der Vahr

Beirat und Fachausschüsse hätten sich bereits wiederholt mit dem neuen Müllsystem der Gewoba befasst, so Frau Dr. Mathes, zuletzt der Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ am 15.07.2015.⁸ Mehrfach sei von der Gewoba und von Innotec nach kritischen Einwänden das System nachgebessert worden. Nachdem nun ein komplettes Jahr mit dem neuen Müllsystem abgerechnet worden sei, sei es Zeit, das Thema nochmals zu beraten.

Frau Heitmann stellt an Hand einer Präsentation die Situation des neuen Müllsystems nach zwei Abrechnungszeiträumen vor.⁹ Die Gewoba habe sich für dieses neue System entschieden, um die zum 01.01.2014 wirksame, nicht unerhebliche Erhöhung der Müllgebühren für ihre Mieter/innen abzufedern. Ziel sei es gewesen, Restmüll und Wertstoffe (Altpapier und Verpackungsmaterialien) stärker zu trennen und damit das Restmüll-Aufkommen, für das die Mieter/innen bezahlen müssten, zu verringern.

Die bisherigen Ergebnisse wiesen auch eine Verringerung des Restmülls und eine Erhöhung der Altpapier- und Verpackungsmaterialien-Mengen aus. Bezahlen müssten alle für mindestens 15 Liter Restmüll je Person und Woche. Die jetzt erreichte Restmüllmenge – 28 Liter je Person und Woche in der Gartenstadt und 22 Liter in der Neuen Vahr – lasse noch eine Verbesserung zu, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Vahr ein sauberer Stadtteil bleibe. Der Kostenanstieg für die Müllentsorgung habe sich begrenzen lassen. Mit dem neuen System sei eine verbrauchsnahe Abrechnung möglich.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei die verbliebene Anzahl der sog. „Null-Schütter“ überschaubar. Diese würden weiterhin gezielt angesprochen und informiert. Eine weitere Auswertung erfolge im April 2016; dann lasse sich sehen, ob die gezielte Ansprache eine Veränderung bewirkt habe.

Die Gewoba werde sechs weitere Wertstoffsammelplätze einrichten und an 22 Standorten die Anzahl der Wertstoffgefäße aufstocken. Alle Gefäße würden zukünftig beschriftet, so dass sie Auskunft über den Leerungstag gäben. Ein neuer Treppenaushang mache auf die Informations-Hotline von Innotec aufmerksam. Zusätzlich habe die Gewoba zusammen mit Entsorgung Nord (ENO) einen mehrsprachigen Flyer entwickelt, der über die verschiedenen Müll-Fractionen aufkläre.

Auf Nachfragen erklärt Frau Heitmann, dass

- sich die Differenz zwischen reduzierter Restmüll-Menge und erhöhter Wertstoffmenge auch dadurch erklären lasse, dass zuvor die vorgehaltene Gefäßgröße für Restmüll höher gelegen habe als die tatsächlich genutzte Menge. Insgesamt seien die Gefäße jetzt dichter gefüllt als ehemals;
- es nach wie vor einige Brennpunkte gebe, um die sich Gewoba und Innotec verstärkt kümmern und betroffene Mieter/innen informieren. Allerdings werde es immer eine Anzahl sowohl von Null-Schütern als auch von Beistellungen geben;
- die aktuelle Abrechnung die Haushalte in den nächsten Tagen erreichen werde;
- sie nochmals klären werde, ob sich die Zeiten, zu denen sperriger Restmüll abgegeben werden könne, verbraucherfreundlicher gestalten ließen;
- sich die Gewoba morgen mit Umweltbetrieb Bremen (UBB) und ENO treffen werde, um u.a. zu klären, wie sich der Zeitraum, zu der die Restmüll-Gefäße an den Abfuhrtagen offen ständen und damit ohne Chip befüllt werden könnten, verringern lasse;

⁸ Zum Protokoll der Fachausschusssitzung am 15.07.2015 siehe unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/150715_Protokoll%20F6%20B-V%20U.pdf. Der Beirat hatte sich zuletzt am 16.09.2014 mit dem Thema befasst, siehe hierzu unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/Pr.%2034%2016.pdf>.

⁹ Die Präsentation ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

- die Kosten, die der Gewoba für die Beauftragung von Innotec entstanden, bereits nach einem halben Jahr über die Kostendämpfung gedeckt gewesen seien. Die Kosten der Gewoba für Innotec würden aber auf der Abrechnung nicht separat ausgewiesen;
- die Menge der Beistellungen nicht separat erfasst würde;
- die Gewoba mit UBB und ENO auch die unzulässige Nutzung von öffentlichen Müll-eimern für die Entsorgung von Restmüll klären werde.

Ergänzend erklärt Frau Klomann, dass

- die Akku-Stände der Müllschleusen zentral erfasst würden, so dass gezielt Akkus ausgetauscht werden könnten, sobald sie einen zu geringen Ladestand aufwiesen;
- jede Müllschleuse einen Füllstandmesser habe, der jedoch nicht aktiviert sei, weil diese nach bisheriger Erfahrung den Füllstand der Restmüllgefäße nicht zuverlässig aufzeichneten, so dass Müllschleusen z.T. nicht mehr geöffnet werden könnten, obwohl noch Platz für Restmüll vorhanden wäre;
- nach wie vor am Wochenende zwei Kolleg/innen in der Vahr unterwegs seien, um für Sauberkeit und Wartung zu sorgen. Ein darüber hinaus gehender Wochenend-Bereitschaftsdienst sei aber nicht zu leisten;
- die Erreichbarkeit der Hotline nicht ausgeweitet werden könne. Sie werde aber prüfen lassen, ob sich ein Anrufbeantworter installieren lasse.

Ein Anwohner teilt mit, dass er angesichts des Aufwands, der mit dem neuen System verbunden sei, eine deutlichere Begrenzung des Kostenanstiegs erwartet habe.

Herr Siegel erklärt, dass er dankbar sei für die erreichte Sauberkeit im Stadtteil. Er habe den Eindruck, dass die Gewoba benannte Probleme tatsächlich abarbeite. Er begrüße ebenfalls, dass zusätzliche Wertstoffsammelgefäße aufgestellt würden. Wichtig sei, dass Mieter/innen an Brennpunkten gezielt angesprochen würden und dass die Mieter/innen im Falle von sperrigem Restmüll informiert würden, wann sie diesen abgeben könnten. Sinnvoll sei es auch, wenn die Hotline von Innotec am Wochenende zumindest über einen Anrufbeantworter erreichbar sei.

Herr Resch geht davon aus, dass die Füllstandmesser an anderer Stelle angebracht werden und dann auch zuverlässig arbeitend aktiviert werden könnten.

Herr Haga weist darauf hin, dass der zugesagte Austausch von Restmüllgefäßen gegen Wertstoffgefäße immer noch ausstehe.

Frau Dr. Mathes verdeutlicht, dass die Entlastung von Haushalten, die bspw. durch Wickelkinder eine erhöhte Restmüll-Menge hätten, nicht Aufgabe der Gewoba sei, sondern der Stadtbürgerschaft, die das Entsorgungskonzept und die Müllgebührenordnung beschlossen habe.

Grundsätzlich gehe sie davon aus, dass mit dem neuen Müllsystem für die Vahr der richtige Weg beschritten sei und auch aus der heutigen Sitzung Gewoba und Innotec weitere Anregungen zur Verbesserung des Systems berücksichtigen könnten.

TOP 4: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecher

Sitzungsleitung

Protokoll

Siegel

Dr. Mathes

Berger